

---

**Pressemitteilung**

Berlin, 28. Juni 2016

Nr. 5/2016

## Endlager-Kommission verabschiedet ihren Abschlussbericht Auf 500 Seiten Empfehlungen und Kriterien zur Standortauswahl

---

Die von Bundestag und Bundesrat berufene Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe hat am frühen Dienstagmorgen nach einer gut 13-stündigen Sitzung ihren Bericht beschlossen. Die beim abschließenden Votum stimmberechtigten Kommissionsmitglieder aus Gesellschaft und Wissenschaft verabschiedeten mit überwältigender Mehrheit den gut 500-seitigen Bericht. Dieser enthält Empfehlungen und Kriterien für die Auswahl eines Endlagerstandortes in Deutschland, der insbesondere für hoch radioaktive Abfallstoffe bestmögliche Sicherheit gewährleistet und in einem fairen und transparenten Verfahren mit umfassender Bürgerbeteiligung auszuwählen ist. Bei der Schlussabstimmung votierten 14 Kommissionsmitglieder aus Gesellschaft und Wissenschaft für den Bericht. Ein stimmberechtigtes Kommissionsmitglied, der Vertreter des Umweltverbandes BUND Klaus Brunsmeier, stimmte dagegen.

Die Kommission wird ihren Abschlussbericht am 5. Juli dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und anschließend auch dem Bundesrat übergeben. Ebenfalls am 5. Juli stellt die Kommission den Bericht in ihrer letzten Sitzung der Öffentlichkeit vor. Die Vorsitzenden der Kommission, Ursula Heinen-Esser und Michael Müller, präsentieren den Bericht am gleichen Tag in der Bundespressekonferenz den Medien. Vor der Schlussabstimmung hatte sich die Kommission auf zahlreiche Änderungen von Details des Berichtes, auf Ergänzungen und auf einen zusammenfassenden ersten Berichtsteil verständigt.

Der Bericht wird ab 5. Juli auf der Homepage der Kommission unter [www.endlager-kommission.de](http://www.endlager-kommission.de) oder [www.bundestag.de/endlager](http://www.bundestag.de/endlager) abrufbar sein. Die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe hat neben den beiden Vorsitzenden 32 Mitglieder. Ihr gehören je acht Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, der Wissenschaft, des Bundestages und der Bundesländer an. Bei der Schlussabstimmung über den Bericht waren, wie im Standortauswahlgesetz vorgesehen, lediglich die Vertreter aus Gesellschaft und Wissenschaft stimmberechtigt. Für die Annahme des Berichtes war eine Zwei-Drittel-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder notwendig. Eine Vertreterin einer gesellschaftlichen Gruppe nahm aus Termingründen an der Kommissionssitzung nicht teil.

*Hinweis: Die Kommission stellt den Bericht am 5. Juli um 12.00 in der Bundespressekonferenz vor. Zur Bundespressekonferenz haben grundsätzlich deren Mitglieder und Mitglieder des VAP Zutritt.*

Anfragen von Medienvertretern beantwortet: Jürgen Voges - Pressereferent - Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, Tel: +49 30 227-31316, Mail: [juergen.voges@bundestag.de](mailto:juergen.voges@bundestag.de)